**Absender
Fraktion DIE LINKE./BfBB**

Drucksachen-Nr.

0152/2011

öffentlich

Anfrage

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE./BfBB**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 29.03.2011**

Tagesordnungspunkt

**Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 15.03.2011 zur
Tabakwerbung auf öffentlichen Flächen**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 15.03.2011, das dieser Vorlage als Anlage beigelegt ist, bittet die Fraktion DIE LINKE./BfBB um Beantwortung einer Anfrage zur Tabakwerbung auf öffentlichen Flächen in der Sitzung des Rates am 29.03.2011.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Antwort zu Frage 1.:

Die Stadtverwaltung hat mit dem bisherigen Vertragspartner, der Kölner Außenwerbung GmbH, vereinbart, dass die bestehenden Buswartehallen zunächst nicht abgebaut und von der KAW auch in 2011 gewartet und bei Beschädigungen repariert werden. Die KAW würde den Werbevertrag bis zum Jahresende zu den bisherigen Konditionen fortführen und die Pacht für die Wartehallen verdoppeln, was einer zusätzlichen Einnahme von bis zu 27.000 € entspricht. Dazu wäre aber ein Signal des Rates erforderlich, dass in 2011 von den möglichen Werbeverboten abgesehen wird. Die Verwaltung befindet sich zurzeit in Verhandlungen für einen neuen Vertrag ab 2012 und wird den zuständigen Ausschuss informieren, sobald ein Ergebnis vorliegt. Vor Abschluss eines neuen Vertrages muss der Ausschuss sowohl dem Vertragspartner als auch dem Vertragsinhalt zustimmen.

Antwort zu Frage 2.:

Die potentiellen Vertragspartner haben zwar signalisiert, dass auf Tabakwerbung verzichtet werden kann, wenn Einnahmeverluste akzeptiert werden, bislang aber noch keine konkreten Konditionen genannt. Diese werden sich vermutlich in Kürze im Zuge weiterer Verhandlungen ergeben.

Antwort zu Frage 3.:

Im Zuge des Ausschreibungsverfahrens wurde von den Bietern ein Konzept zum Jugendschutz eingefordert, das nicht zwingend einen generellen Verzicht auf Nikotinwerbung vorsah. Diese Vorgehensweise wurde im Vorfeld der Ausschreibungsveröffentlichung im Ältestenrat (Fraktionsvorsitzendenrunde) so vereinbart.

Antwort zu Frage 4.:

Diese Frage muss im Zuge des Verhandlungsverfahrens mit den Bietern erörtert werden.

Antwort zu Frage 5.:

Aufgrund der Zustimmung im Ältestenrat sah sich die Stadtverwaltung autorisiert, ein Jugendschutzkonzept einzufordern, das nicht zwingend Nikotinwerbung ausschließt. Die erforderliche Begründung, dass möglicherweise kein oder kein wirtschaftliches Angebot abgegeben wird und die Stadt mit einem Jugendschutzkonzept auch Einfluss auf Werbeflächen auf privatem Grund hat, wurde den Fraktionsvorsitzenden in schriftlicher Form vorgelegt.

Antwort zu Frage 6.:

Aus den genannten Gründen liegen keine Verstöße vor.

Antwort zu Frage 7.:

Auch diese Frage muss im Zuge des Verhandlungsverfahrens erörtert und dem Ausschuss bei seiner Beschlussfassung beantwortet werden. Ein möglicher Vorschlag wurde in der Sitzung des AUKV ja bereits eingebracht und vom Ausschuss beraten.